



## Die große maritime Verunsicherung

Kieler Konferenz sieht Offshore-Windenergie in Gefahr und macht dafür die Bundesregierung verantwortlich

Visionen für eine bessere Zukunft für Werften, Reeder und Häfen: Auf der Nationalen Maritimen Konferenz in Kiel suchte die Branche den Aufbruch aus der Krise. Für die Infrastruktur fehlt aber das Geld. Und an der lähmenden Verunsicherung der Offshore-Windenergie ist nach Ansicht von Bremens Senator Martin Günthner die Bundesregierung schuld.

VON MATTHIAS HOENIG  
UND MELANIE ÖHLENBACH

Kiel. Ein Füllhorn an hehren Worten der Kanzlerin über die nationale Bedeutung der maritimen Wirtschaft, aber keine Zusagen für mehr Geld zum Ausbau des maroden Nord-Ostsee-Kanals: Die 8. Nationale Maritime Konferenz konnte die Erwartungen der Küstenländer nur zum Teil erfüllen. Massive Kritik an Berlin gab es wegen des gebremsten Ausbaus der Offshore-Windenergie – auch von Bremens Senator für Wirtschaft und Häfen, Martin Günthner (SPD). Wie viele andere Teilnehmer der Konferenz macht er dafür die Bundesregierung mit ihrer Diskussion um die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) verantwortlich.

Dass Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) wegen des Gipfels zur Atomenergieforschung nicht persönlich an der Maritimen Konferenz teilnehmen konnte, habe bei der Teilnehmern, „für große Irritationen gesorgt“, sagte Senator Günthner gestern nach seiner Rückkehr aus Kiel. Auch der Auftritt von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), die bei der Eröffnung am Montag die Rahmenbedingungen der Bundesregierung als investitionsfördernd gelobt hatte, habe daran nichts ändern können. Im Gegenteil: „Es herrscht noch immer eine brutale Verunsicherung in der Branche.“ Sollten Unternehmen weiterhin auf Investitionen verzichten und dadurch letztlich Arbeitsplätze an der Küste und in der Region wegfallen, wisse man nun aber, wer dafür die Verantwortung trage, so Günthner weiter.



Ein Händedruck war alles von Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU). Mehr Geld für den Nord-Ostsee-Kanal stellte er nicht in Aussicht. FOTO: DPA

Von „großen Versäumnissen“ der Bundesregierung sprach auch Hamburgs Wirtschaftsminister Frank Horch (parteilos). Es fehle den Energiekonzernen an verlässlichen Grundlagen, um die Wirtschaftlichkeit von Offshore-Projekten überhaupt berechnen zu können. So sei unklar, wie langfristig die Stromvergütung garantiert werde. Deshalb seien mehrere Windparks erst mal auf Eis gelegt worden. Als Kältereaktion treffe das dann die Werften. Die insolvente Hamburger Werft Sietas sei dafür ein typisches Beispiel: Ein holländisches Unternehmen hat den schon sicher geglaubten Auftrag für ein Errichterschiff für

Windparks storniert, weil ein Windpark doch noch nicht gebaut wird.

Darüber hinaus zog sich die Diskussion um die Sanierung und den Ausbau des jahrzehntelang vernachlässigten Nord-Ostsee-Kanals und die Eilvertiefung für den Hamburger Hafen wie ein roter Faden durch die Konferenz. Vor allem Schleswig-Holstein und Hamburg hatten den Nord-Ostsee-Kanal im Vorfeld zum Schwerpunkt gemacht. Nach Kanzlerin Merkel bekannte sich gestern auch Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) zum Nord-Ostsee-Kanal und sagte, er wisse um dessen Bedeutung. Er wies aber darauf hin, dass es in Deutsch-

land nicht nur den Kanal, sondern 7300 Kilometer an Bundesbinnenwasserstraßen gebe. Und für diese fehlten ihm jedes Jahr 500 Millionen Euro – mindestens für die nächsten zehn Jahre. Überall werde mehr Geld für Sanierungen und Ausbau benötigt, da sei es nicht leicht zu vermitteln, warum der Kanal so hohe Priorität habe, so Ramsauer.

Dass es auf der Konferenz nur wenig konkrete Zusagen gegeben habe, kritisierte Senator Günthner. Die Konferenz sei in von der Bundesregierung übergestülpten Ritualen erstarbt. „Ein wenig mehr Lebendigkeit und Verbindlichkeit würden ihr guttun.“

### Aussagen von Bundeskanzlerin Merkel stimmen Reeder zuversichtlich

Die Reeder waren mit der Maritimen Konferenz relativ zufrieden. Hinter zwei von drei Kernforderungen könne man einen Haken machen, sagte der Präsident des Verbandes Deutscher Reeder (VDR), Michael Behrendt. So sei die Versicherungssteuer für Schiffe in Pool-Gemeinschaften nach der Rede Merkels vom Tisch. Auch bei

einer unbürokratischeren Regelung für Schiffe, die unter deutscher Flagge laufen, versprach Merkel Besserung. Bisher fahren die meisten deutschen Schiffe unter ausländischen Flaggen, was Kritiker als Flucht werten, um Tarif- und Sozialstandards zu umgehen. Auch Michael Vinnes vom Bremer Rhederverein ist vor diesem Hinter-

grund mit der Konferenz „inhaltlich zufrieden“. Dass die Kanzlerin zudem zugesichert habe, die Schiffsfahrtsbeiträge zu versteigern, ist aus seiner Sicht eine weitere wichtige Nachricht für eine Branche, die sich derzeit in einer schwierigen Phase befinde. „Das ist wichtig für die Planungssicherheit der Reedereien.“